

19. Februar 2016

Stellungnahme des BBB zur Flüchtlingspolitik Flüchtlingspolitik im Sinne der Menschen

Bruchköbel: Ein Thema beherrscht aktuell die Medien und die Gespräche der Menschen: Die Flüchtlingssituation in Europa und in Deutschland. Die Parteien der Bundesregierung – CDU und SPD sind mit ihrer Politik in Europa zunehmend isoliert und immer mehr Menschen wenden sich von dieser Politik ab. In Bruchköbel stehen beide Parteien hinter der Politik der Bundesregierung und der Kanzlerin und insbesondere die CDU betont dies auch im Kommunalwahlkampf. Die Position der Grünen ist bekannt. Der BBB hat das Thema ebenfalls angesprochen. Allerdings nicht im Sinne von CDU, SPD und Grünen und nun wird der BBB dafür ins Visier genommen.

Für den BBB ist es erforderlich Dinge anzusprechen, die aus dem Ruder laufen, und aktuell Forderungen gegen Bund und Land zu erheben, damit Bruchköbel jetzt bei der Wahrnehmung von Aufgaben für den Bund, nämlich die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen oder Asylbewerbern keinen Schaden nimmt. Ein alter Grundsatz heißt: "Wer bestellt, bezahlt." Das ist nicht nur in unserer Landesverfassung so verankert, sondern eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Der BBB kann dazu keine Regelungen beschließen, das ist Angelegenheit des Bundes. Der BBB macht aber auf die Problematik aufmerksam. Ein aufgedrängtes Auslassen oder Diskussionsverbot dieses Themas ist undemokratisch.

Der BBB hat in der letzten Stadtverordnetensitzung eine Anfrage an den Magistrat zu den bisher angefallenen Kosten (Investitionsmaßnahmen sowie laufende Aufwendungen einschließlich der Personalkosten) durch die Aufnahme von Flüchtlingen gestellt. Diese Frage konnte der Bürgermeister nicht richtig beantworten. Er sicherte lediglich zu, dass die seit Anfang des Jahres gezahlte Pro-Kopf-Pauschale die reinen Unterbringungskosten im neuen Hüttendorf an der alten B45 nach drei bis fünf Jahren deckt. Für die von uns ferner angesprochenen Security-Kosten liegt definitiv bis heute keine Kostendeckungszusage von Landkreis, Land oder Bund vor. Auch ist nach wie vor nicht bekannt, ob oder in welcher Höhe die nicht unerheblichen Personalkosten der eigenen Verwaltung von den Kommunen alleine getragen werden müssen.

Die Zusage der Zahlung einer "Pro-Kopf-Pauschale" für Unterbringung bedeutet also keine finanzielle Absicherung für alle Kosten. Welche weiteren Kosten und in welchem Umfang durch

Landkreis, Bund oder Land den Kommunen ersetzt werden wird, ist bis heute nicht verbindlich bekannt.

Der BBB hat in seiner Stellungnahme zum Thema Flüchtlinge weder den Magistrat, noch den Bürgermeister angegriffen. Er bedankt sich auch ausdrücklich bei den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Der BBB kritisiert aber, dass die Politik in Berlin aus dem Ruder gelaufen ist und zum Beispiel bis heute nicht fest geklärt ist ob sämtliche, der Stadt in Bezug auf Flüchtlingsunterbringung und -betreuung entstehenden Kosten durch Land oder Bund getragen werden. Das mag dem ein oder anderen vielleicht egal sein. Dem BBB ist das nicht egal. Dies sehen auch immer mehr Bürgerinnen und Bürger so und somit wird auch die heftige Reaktion von CDU, SPD und Grünen verständlich, insbesondere vor dem Hintergrund der anstehenden Wahl am 6. März. Auch Lösungsansätze werden vom BBB benannt und zusätzlich auf die Ausführungen der Freien Wähler Bundesvereinigung (www.bruchkoebeler-buergerbund.de und www.freiewaehler.eu) hingewiesen.

„Die Aussagen des BBB als Populismus zu bezeichnen ist für uns nicht nachvollziehbar. Sollen denn Fehlentwicklungen nicht mehr angesprochen werden? Darf über gravierende Themen unserer Gesellschaft, die Auswirkungen auf die Kommunen haben, nicht mehr offen diskutiert werden? Wir werden dies weiterhin tun, ob bei der Flüchtlingspolitik oder bei anderen Themen“, so der BBB-Vorsitzende Joachim Rechholz abschließend.